

Norbert Lechner

## Modernisierung, Missbehagen und Regierbarkeit

Für meine mexikanischen Freundinnen und Freunde

### 1. Einleitung

Häufig wird Regierbarkeit als Voraussetzung für die Modernisierung der Gesellschaft betrachtet. Erst in jüngerer Zeit beginnt man zu ahnen, dass Modernisierung selbst Probleme hinsichtlich der Regierbarkeit aufwerfen kann. Der Fall Chiles, der international als eine erfolgreiche Modernisierung anerkannt ist, scheint darauf hinzudeuten, dass eine alles durchdringende Modernisierungsstrategie das sozio-kulturelle Gefüge erschüttern kann und dabei ein Missbehagen erzeugt, das die demokratische Regierbarkeit beeinträchtigen kann.

Ausgehend von einigen Ergebnissen des UNDP-Berichts zur humanitären Entwicklung in Chile (UNDP 1998) wird im Folgenden auf die Bedeutung der sozio-kulturellen Verhältnisse für die Regierbarkeit verwiesen. Obwohl die zugrunde liegenden Daten zum spezifischen Fall Chiles gehören, glaube ich, dass sie einige Sachverhalte aufzeigen, die auch für die Tagesordnung anderer Regierungen der Region relevant sein können.

### 2. Chile: einige Paradoxa der Modernisierung

Die jüngsten Ergebnisse von Chiles Entwicklung sind hinlänglich bekannt, was insbesondere für die Zeit seit der Wiedererrichtung der Demokratie im Jahr 1990 zutrifft. Zwischen 1990 und 1997 fand in Chile ein ununterbrochenes Wachstum mit einem Jahresdurchschnitt von 7% statt, die Inflationsrate und die Arbeitslosigkeit sanken auf historische Tiefstwerte um 6%, die Reallöhne stiegen, wodurch sich die Armut von 45% auf 23% der Bevölkerung verringerte, das Haushaltsdefizit wurde aufgehoben sowie die innere Ersparnis erhöht; schließlich fand eine nachhaltige Diversifizierung der Exporte sowie der ausländischen Investitionen statt. Kurz, die volkswirtschaftlichen Indikatoren zeigen ein erfolgreiches Beispiel der Modernisierung und versprechen eine ähnliche Entwicklung für die Zukunft.

In der Tat schätzen die Chilenen ihre Situation auch als deutlich besser im Vergleich zur Vergangenheit ein. Sie sind der Ansicht, dass ein Fort-

schritt in der Gesellschaft stattfindet und diese sich zum Besseren hin wandelt. Gleichzeitig stellen sie eine Entwicklung zu mehr Aggressivität und Egoismus in der Gesellschaft bei ausgeprägten sozialen Ungleichheiten fest.

**Tabelle 1: Die Gesellschaft Chiles**

|                              | <b>trifft zu</b> | <b>trifft nicht zu</b> |
|------------------------------|------------------|------------------------|
| befindet sich im Fortschritt | 82%              | 17%                    |
| verändert sich zum Besseren  | 78%              | 20%                    |
| ist aggressiver geworden     | 80%              | 19%                    |
| ist immer egoistischer       | 64%              | 34%                    |
| ist sozial egalitär          | 18%              | 81%                    |
| ist gerecht                  | 29%              | 70%                    |

*Quelle:* Umfrage der FLACSO (1995).

Übereinstimmend mit dem über mehrere Jahre andauernden wirtschaftlichen Wachstum überwiegt eine optimistische Einschätzung der persönlichen Zukunft. Nach den Umfragen des *Centro de Estudios Públicos* (CEP) glauben acht von zehn Befragten, dass es ihnen im nächsten Jahr wirtschaftlich gleich gut oder besser gehen wird.

**Tabelle 2: Einschätzung der persönlichen Situation ein Jahr später**

|            | <b>1995</b> | <b>1996</b> | <b>1997</b> |
|------------|-------------|-------------|-------------|
| besser     | 46%         | 42%         | 43%         |
| gleich     | 37%         | 36%         | 40%         |
| schlechter | 14%         | 18%         | 13%         |

*Quelle:* Landesweite Umfragen des CEP

Dieser Optimismus im Hinblick auf die persönliche Situation steht im Gegensatz zu einer skeptischen Einschätzung der Gesamtlage. Es ist auffallend, dass in Chile trotz der günstigen sozioökonomischen Entwicklung das Bild eines stagnierenden Landes vorherrscht. Die befragten Personen scheinen mehr auf individuelle Erfolgsstrategien zu vertrauen als auf den allgemeinen Fortschritt des Landes. Mit anderen Worten: Sie sehen ihre Zukunft mehr als persönlichen Horizont denn als Zukunft in der Gemeinschaft.

**Tabelle 3: Einschätzung der gegenwärtigen Tendenzen im Land**

|             | Mai 1995 | Nov. 1995 | Juli 1996 | Dez. 1996 | Juli 1997 | Dez. 1997 |
|-------------|----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Fortschritt | 48%      | 42%       | 45%       | 49%       | 42%       | 39%       |
| Stagnation  | 37%      | 41%       | 39%       | 34%       | 42%       | 42%       |
| Dekadenz    | 11%      | 13%       | 13%       | 13%       | 11%       | 15%       |

Quelle: Landesweite Umfragen des CEP.

Während die Modernisierung einerseits neue und bessere Lebenschancen schafft, breitet sich parallel dazu ein Klima des Misstrauens und der Unsicherheit aus. Etwas plump ausgedrückt, aber die paradoxe Situation durchaus erhellend, kann gesagt werden, dass Chile ein Land mit einer beträchtlichen wirtschaftlichen Entwicklung ist, in dem die Menschen sich nicht glücklich fühlen.

**Tabelle 4: Einschätzung der Entwicklung des Landes und des Grades der Glücklichkeit der Menschen**

| dem Land geht es wirtschaftlich besser |      |       |       |        |
|----------------------------------------|------|-------|-------|--------|
|                                        |      | Ja    | Nein  | Gesamt |
| die Leute leben glücklicher            | Ja   | 9,1%  | 7,3%  | 16,4%  |
|                                        | Nein | 44,5% | 38,3% | 82,8%  |
| <b>Gesamt</b>                          |      | 53,6% | 45,6% | 100,0% |

Quelle: Quanta-Umfrage in Santiago Süd und Ost (Juli 1997); zitiert in: Javier Martínez, *La sociedad civil. El difícil tránsito hacia la ciudadanía* (ms.).

Dabei ist unbekannt, was die Leute unter "Glücklichsein" verstehen. Wahrscheinlich steht dieses Konzept im Zusammenhang mit der Lösung von konkreten Problemen (öffentliche Sicherheit, Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf, gleichberechtigter Zugang zu Gesundheits- und Altersvorsorge etc.), aber auch mit "etwas" anderem, das darüber hinausgeht. Außerdem scheint allgemein das Glücklichsein und das Missbehagen mit der Politik in Verbindung gebracht zu werden, was bestimmte Konsequenzen hat.

Es ist allgemein bekannt, dass in Chile – unter den spezifischen Bedingungen des Landes – ein friedlicher und geordneter Übergang zur Demokratie stattgefunden hat. Nach mehr als zehn Jahren demokratischer Regierung kann gesagt werden, dass die politischen Institutionen gut funktionieren. Hingegen nehmen das Interesse und die Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen ab. Eine Umfrage des CEP vom Juli 1997 zeigt auf, dass

42% der Befragten sich mit keiner politischen Partei identifizieren (gegenüber 53%, die eine Parteizugehörigkeit angeben). Die Meinung der Öffentlichkeit wird von der niedrigen Eintragungsquote des jüngeren Bevölkerungsteils in die Wählerverzeichnisse untermauert: Stellte die junge Bevölkerungsklasse zwischen 18 und 24 Jahren 1988 noch 21% der erfassten Wähler, so ging dieser Anteil bis 1997 auf 7,8% zurück. Die Alarmsirene ertönte bei den Parlamentswahlen vom Dezember 1997, wo sich nach den vorläufigen Daten ungefähr 40% der Wahlberechtigten für keine der Parteien entschied.

**Tabelle 5: Wahlbeteiligung**

|                             | <b>Enthaltungen</b> | <i>voto blanco</i> | <b>ungültige Stimmen</b> |
|-----------------------------|---------------------|--------------------|--------------------------|
| Volksabstimmung 1988        | 2,7%                | 0,9%               | 1,3%                     |
| Präsidentschaftswahlen 1989 | 5,2%                | 1,1%               | 1,4%                     |
| Gemeindewahlen 1992         | 10,2%               | 5,9%               | 3,0%                     |
| Präsidentschaftswahlen 1993 | 8,7%                | 1,9%               | 3,7%                     |
| Gemeindewahlen 1996         | 12,1%               | 3,0%               | 8,0%                     |
| Parlamentswahlen 1997       | 13,7%               | 4,4%               | 13,5%                    |

*Quelle:* Servicio Electoral.

Hierbei handelt es sich um eine Situation, in welcher nach der Terminologie von Hirschman einer Selbst-Marginalisierung (*Exit*) vor einem Erheben der Stimme (*voice*) der Vorzug gegeben zu werden scheint. Es wäre unzureichend, dies lediglich mit einer "Normalisierung" der demokratischen Ordnung zu erklären. Obwohl noch keine schlüssigen Studien über die Gründe vorliegen, scheint die Annahme des Vorhandenseins einer Situation des Missbehagens plausibel. Der Verdross scheint sich jedoch nicht auf die Demokratie (die wegen der besonderen Verhältnisse Chiles auch keine allzu großen Erwartungen weckte) zu beziehen und steht womöglich eher mit der "Lebensart" der chilenischen Gesellschaft in Verbindung, für die allerdings die Politik verantwortlich gemacht wird. Eine solche Schuldzuweisung setzt indes stillschweigend voraus, dass die Politik fähig ist, ihre "Wesensart" zu verändern. Diese Form der Auslegung deutet auf eine interessante Fährte hinsichtlich der Frage der soziokulturellen Bedingungen der Regierbarkeit hin.

### 3. Ein Problem der Sicherheit

Das Missbehagen hat seine "Daseinsberechtigung". Das gegenwärtige "Modernisierungsmodell" in Chile hat eine bisher unbekannte soziale Dynamik ausgelöst: Es gibt mehr Arbeitsplätze, höhere Einkünfte und Konsumchancen sowie ein verbessertes Bildungs- und Gesundheitswesen. Andererseits existieren parallel dazu ernste Probleme in der chilenischen Gesellschaft: Ein Viertel der Bevölkerung lebt in Armut, die Chancen des Zugangs zu Bildung sowie zur Gesundheits- und Altersversorgung sind nicht für alle sozioökonomischen Schichten gleich und die gesellschaftliche Integration ist geschwächt. Eine solche Situation ist gerade bei dem anhaltenden Wachstum nur schwer zu rechtfertigen. Je glänzender die volkswirtschaftlichen Indikatoren sind, desto unhaltbarer sind Erfahrungen wie gesellschaftlicher Ausschluss, Unsicherheit und Sinnlosigkeit.

Eine grundlegende Dimension des Missbehagens ist das weitverbreitete Gefühl der Unsicherheit. Diese Unsicherheit hat mehrere Aspekte. In Chile und auch in anderen Ländern, insbesondere in den großen Städten, handelt es sich hierbei hauptsächlich um die Unsicherheit in der Öffentlichkeit. Die Menschen bringen das Gefühl der Unsicherheit unmittelbar mit der Kriminalität in Zusammenhang. Die Anderen werden als potentielle Aggressoren gesehen. In Wirklichkeit ist jedoch das Bild eines allgegenwärtigen und allmächtigen Delinquenten eine Metapher, die eine andere, schwieriger zu fassende Realität enthüllt und gleichzeitig verbirgt. In der Tat steht das Gefühl der Verwundbarkeit, das die Befragten in einer CEP-UNDP-Umfrage zum Ausdruck bringen, in keinem Verhältnis zur (hohen, aber gleichbleibenden) Kriminalitätsrate.

**Tabelle 6: Einschätzung der Gefahr von Delikten**

|                              | wahrscheinlich | unwahrscheinlich |
|------------------------------|----------------|------------------|
| Raub in der Öffentlichkeit   | 78%            | 21%              |
| Raub in der Wohnung          | 62%            | 37%              |
| Sexuelle Aggression          | 47%            | 51%              |
| Andere Aggressionen (Banden) | 40%            | 59%              |

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

**Tabelle 7: Opfer eines Delikts in den letzten zwölf Monaten**

|                                              |       |
|----------------------------------------------|-------|
| Raub auf offener Straße ohne Gewaltanwendung | 17,0% |
| Raub auf offener Straße mit Gewaltanwendung  | 6,0%  |
| Raub in der Wohnung ohne Gewaltanwendung     | 6,0%  |
| Raub in der Wohnung mit Gewaltanwendung      | 0,3%  |
| Sexuelle Aggression                          | 0,9%  |
| Andere Aggressionen                          | 2,5%  |

Quelle: Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Die Angst vor dem Gegenüber wird durch die Zerbrechlichkeit des “Wir” verstärkt. Das anhaltende wirtschaftliche Wachstum im vergangenen Jahrzehnt hat zu einer Multiplikation der sozialen Beziehungen und zur Entstehung einer regelrechten “Konsumgesellschaft” geführt. Diese Art der massiven Integration der Chilenen in das gesellschaftliche Leben steht in auffälligem Gegensatz zum starken Misstrauen, das bei den zwischenmenschlichen Beziehungen herrscht. Das Misstrauen führt zu Pathologien bei den sozialen Bindungen. Sogar die gesellschaftliche Einbindung auf Nachbarschaftsebene hat Risse bekommen. Die befragten Personen zweifeln daran, dass sie die Nachbarn organisieren können oder Hilfe von ihnen erhalten würden. Und fast niemand vertraut darauf, dass ihm im Falle einer Aggression auf offener Straße jemand Beistand leistet. Paradoxerweise ist die kräftige Dynamik der chilenischen Gesellschaft von einer nicht weniger mächtigen Tendenz des Zurückziehens in die eigenen vier Wände begleitet.

**Tabelle 8: Vertrauen in die Anderen**

|                                            | <b>positive<br/>Einschätzung</b> | <b>negative<br/>Einschätzung</b> |
|--------------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|
| Beistand von Nachbarn                      | 42%                              | 41%                              |
| Einbindung der Nachbarn                    | 36%                              | 63%                              |
| Beistand bei Aggression auf offener Straße | 12%                              | 88%                              |

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor besteht in den Mängeln der “funktionalen Systeme”. Die Menschen fühlen sich nicht durch das Gesundheitssystem oder die Altersvorsorge geschützt, und dies, wo ja gerade sie Schutz gegen die Widrigkeiten des Lebens gewährleisten sollen. Obwohl das chilenische System der Fürsorge, das auf der Kapitalisierung der individuellen Beiträge

basiert, international bekannt ist, erreichen zwischen 30% und 40% der Beitragszahler nicht die für den Erhalt einer Pension erforderliche Gesamtbeitragszahlung. Diese Mängel spiegeln sich in der Meinung der Menschen wider. Sieben von zehn Befragten bewerten das private System der Verwaltung der Pensionskassen als negativ, unabhängig davon, ob sie Beitragszahler sind oder nicht. Das heißt, dass die Mitgliedschaft keine Sicherheit in bezug auf einen geruhsamen Altersruhestand gewährt.

**Tabelle 9: Bewertung der Fürsorgesysteme**

|                  | <b>positive Bewertung</b> | <b>negative Bewertung</b> |
|------------------|---------------------------|---------------------------|
| Mitglieder       | 24%                       | 76%                       |
| Nicht-Mitglieder | 21%                       | 79%                       |

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Sicherheit basiert nicht nur auf einem angemessenen Schutz gegen Risiken; vielmehr impliziert sie auch einen angemessenen Zugang zu individuellen Entfaltungschancen. Von diesem Standpunkt aus gesehen weist die gegenwärtige Modernisierungsstrategie ebenfalls Unzulänglichkeiten auf. Ein Bereich von herausragender Bedeutung für den Zugang zu den neuen Chancen ist die Arbeit. In Übereinstimmung mit einer sehr niedrigen Arbeitslosigkeit sind die Menschen zuversichtlich, dass sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren. Sollten sie ihn jedoch verlieren, befürchten sie, keine geeignete Stelle mehr zu finden. Dies spiegelt die Unsicherheit wider, die durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes entstanden ist. Die wirtschaftliche Modernisierung bietet zwar für einige gute Chancen, aber die Mehrheit befürchtet, vom Ausschluss betroffen zu sein.

**Tabelle 10: Vertrauen in den Arbeitsplatz**

|                                               | <b>positive Einschätzung</b> | <b>negative Einschätzung</b> |
|-----------------------------------------------|------------------------------|------------------------------|
| Kein Verlust des gegenwärtigen Arbeitsplatzes | 59%                          | 38%                          |
| Wiederfinden einer geeigneten Stelle          | 30%                          | 69%                          |
| Eingliederung in den Arbeitsmarkt             | 16%                          | 82%                          |

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Eine weitere Dimension der Sicherheit ist das anthropologisch bedingte Bedürfnis nach Gewissheiten. Wir brauchen alle einen bestimmten Rahmen

an Gewissheit. Dieser Rahmen wird normalerweise durch die gesellschaftlichen Veränderungen in Frage gestellt, vor allem, wenn sie mit solch einer atemberaubenden Geschwindigkeit wie die jüngsten Transformationen stattfinden. Die Schnelligkeit der aktuellen Modernisierungswelle bringt die gewohnten Bezugsgrößen durcheinander. Der Gemütszustand und das praktische Wissen der Menschen verlieren ihren Wert, und die Realität ist nicht mehr verstehbar. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Misstrauen der Chilenen gegenüber der Information. Ungeachtet der Tatsache, dass Information von entscheidender Bedeutung in der modernen Gesellschaft ist und dass ein breiter Zugang zu den Massenmedien besteht, fühlen sich die Chilenen desinformiert. Nach der erwähnten UNDP-Umfrage informieren sich zwar annähernd neun von zehn Befragten durch das Fernsehen, aber sechs von zehn Befragten betrachten sich wenig informiert oder desinformiert. Dies hat womöglich mit der begrenzten Glaubwürdigkeit der Medien zu tun; der Anteil der Befragten, welcher der durch das Fernsehen erhaltenen Information traut und der Anteil derer, die dieser Information misstrauen, hält sich die Waage. In diesem Zusammenhang scheint die Annahme plausibel, dass die Leute der durch andere Personen in einer *face-to-face*-Situation übermittelten Information ein größeres Vertrauen schenken. Dies ist aber nicht der Fall; vielmehr ruft die auf einem solchen Weg der Konversation erhaltene Information großes Misstrauen hervor. Somit kommen wir wieder auf die Erosion der Kontaktfreudigkeit im Alltag zurück. Die Schwächung der Fähigkeit zur Vereinigung bringt einen Verlust an Sicherheit mit sich.

**Tabelle 11: Glaubwürdigkeit der erhaltenen Information**

|                | <b>Vertrauen</b> | <b>Misstrauen</b> |
|----------------|------------------|-------------------|
| Fernsehen      | 49%              | 49%               |
| Tageszeitungen | 36%              | 59%               |
| Zeitschriften  | 24%              | 66%               |

Quelle: CEP-UNDP-Umfrage (1997).

Es muss hinzugefügt werden, dass das in den erwähnten Daten wiederspiegelte Misstrauen von allen sozioökonomischen Schichten geteilt wird, mit Ausnahme der Befragten aus der Oberschicht. Die Befragten mit den höchsten Einkommen haben ein größeres Vertrauen in das Bildungswesen, in die Gesundheits- und Altersvorsorge, in die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, in ihre Nachbarn sowie in die Information, die sie erhalten. Folg-



lich scheint das Gefühl der Sicherheit an die Höhe der Einkünfte gebunden zu sein. Mit anderen Worten variiert das Gefühl der Sicherheit in Abhängigkeit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozioökonomischen Schicht. Lediglich im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit geben die oberen sozioökonomischen Schichten eine größere Unsicherheit an.

#### **4. Das Missbehagen gegenüber der Modernisierung**

Nach anderen Befragungen zu urteilen (*Latinobarómetro* 1996) ist das Maß an Misstrauen in Chile nicht größer als in anderen Ländern der Region. Zweifelsohne kennen andere Gesellschaften Lateinamerikas auch das Phänomen eines weit verbreiteten Missbehagens. Was jedoch im Fall Chiles auffällt, und dies muss betont werden, ist die Tatsache, dass das Missbehagen offenbar der Begleitumstand einer sozioökonomischen Modernisierung ist, die große Fortschritte erzielt hat.

Ich würde so weit gehen, das verbreitete Missbehagen mit der gegenwärtigen Modernisierungsstrategie in Verbindung zu bringen. Nach meiner Einschätzung existiert in Chile ein Missbehagen gegenüber der Modernisierung. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Modernisierung etwa gescheitert wäre. Diese weist, wie wir gesehen haben, ernste Mängel auf, aber man kann ihr nicht abstreiten, wichtige Fortschritte erzielt zu haben, und zwar nicht nur was den materiellen Wohlstand angeht, sondern auch im Hinblick auf die Eroberung eines größeren individuellen Freiraums. Was sind aber letztlich die Gründe für die Gefühle des Verdrusses, der Unsicherheit und Ungewissheit?

Meiner Ansicht nach besteht Grund zu der Annahme, dass die derzeitige Modernisierungsstrategie in Chile unvollständig ist. Unvollständig insofern, als sie nicht die Menschen mit ihren Motivationen und ihrem Streben, ihren Ängsten und Sehnsüchten sowie ihren Gefühlen und Gemütsbewegungen berücksichtigt. Es ist eine Modernisierung, die den Menschen den Rücken kehrt und deshalb lediglich Selbstzweck zu sein scheint. Allein, weshalb sollte sich die Modernisierung auf die Subjektivität beziehen?

Unter Modernisierung versteht man normalerweise einen historischen Prozess, der unter verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Strategien in allen gesellschaftlichen Bereichen eine Zweck-Mittel-Rationalität vorantreibt. Die Modernisierung bewirkt eine Differenzierung von spezifischen "funktionalen Logiken", die relativ abgeschlossene "Systeme" in Übereinstimmung mit den jeweiligen internen Codes strukturieren. Die Verweise etwa auf das wirtschaftliche, politische, juristische System spie-

geln diese Differenzierung in der normalen Sprache wider. Die gesellschaftliche Rationalisierung durchdringt und "kolonisiert" (Habermas) auch die persönlichen Beziehungen und unterwirft diese einer instrumentellen Rechnung. Es findet eine Funktionalisierung der "Leidenschaften" statt, welche als bloße Schmiermittel der Systeme benutzt werden (z.B. die Instrumentalisierung des Besitzwunsches in Abhängigkeit vom Konsum).

Das Problem scheint in einer Verabsolutierung der Modernisierung zu liegen, für welche die Subjektivität etwas Unbekanntes ist. Diese erscheint als unzulässige Störung in der rationalen Berechnung von Erwartungen und Präferenzen. Eine solche Sichtweise lässt das sogenannte "Thomas Theorem" außer acht: Was von den Menschen als real erachtet wird, hat auch reale Konsequenzen. Und umgekehrt trifft zu, dass die Modernisierung keine Realität ist, wenn sie von den Menschen nicht als etwas real in ihrem Leben Existierendes wahrgenommen wird. Die Subjektive Dimension ist also nicht irgendein persönliches Zubehör. Hier liegt nach meinem Verständnis der Kern des Problems: Die derzeitige Modernisierungsstrategie hat keinen angemessenen Bezug zur Subjektivität.

Ich halte es für notwendig, zwischen Modernisierung und Modernität zu unterscheiden. Die Modernität als historisches Projekt entsteht aus der Entkopplung von Subjektivität und Institutionen. Sie postuliert als universelles Prinzip die Autonomie der Subjekte und der gesellschaftlichen Institutionen. Seit ihren Anfängen entfaltet sich daher die Modernität über die Beziehung zwischen den Prozessen der Subjektivierung und der Modernisierung oder gesellschaftlichen Rationalisierung. Die dabei bestehende Spannung resultiert aus der Tatsache, dass beide Prozesse aufeinander bezogen sind und nicht auf einen von beiden reduziert oder in Form einer etwaigen Synthese "überwunden" werden können. Eine der großen und permanenten Herausforderungen der modernen Gesellschaft besteht im Umgang mit der erwähnten Spannung. Wie kann eine komplementäre Beziehung zwischen Modernisierung und Subjektivität hergestellt werden?

So gesehen – die Modernität als Suche nach der gegenseitigen Ergänzung zwischen den Subjekten und den sozialen Systemen – kann die chilenische Situation in der folgenden Formel zusammengefasst werden: Modernisierung ohne Modernität. Wie alle Formeln scheint sie zugespitzt, aber sie erhellt das Paradox. Ein Land kann einen starken Modernisierungsschub erfahren, während die Modernität in einer prekären Situation verharrt. Konkret heißt das, dass eine Modernisierung der "funktionalen Systeme" festzustellen ist, deren innere Rationalität (wie z.B. die "Logik des Marktes") sich

mit relativer Autonomie entfaltet. Hingegen steht die Modernität insofern auf wackligen Füßen, als die Gesellschaft die Beziehung zwischen den Subjekten und den Systemen als Problem erkennt. Das Missbehagen gegenüber der Modernisierung würde demnach der Ausdruck einer Verletzung der Subjektivität durch einen alles überwältigenden Prozess sein, der die Ängste und Sehnsüchte der Menschen weder erkennt noch einbezieht.

### **5. Einige Auswirkungen der Modernisierung auf das soziokulturelle Gefüge**

Die derzeitige Modernisierungsstrategie hat dazu beigetragen, die Fesseln, die den sozialen Bindungen durch die Ideologien und Traditionen, die staatliche Vormundschaft, den Klientelismus und das Kazikentum aufgelegt waren, in Frage zu stellen und zu überprüfen und somit den individuellen Freiraum auszudehnen. Das Erlernen und die Ausübung dieser "Volljährigkeit" ist sicherlich ein wünschenswerter Prozess. Abgesehen davon, dass sie einen Wert an sich darstellt, ist sie ein entscheidendes Element für die demokratische Regierbarkeit. Diese erfordert in der Tat sowohl eine größere *accountability* der Autoritäten als auch eine entsprechende Verantwortlichkeit seitens der Bürger.

Dem Versprechen der Individualität wird jedoch häufig von der Realität des Individualismus widersprochen. Der vorherrschende Modernisierungsprozess scheint eine "konstitutive Scheinheiligkeit" (Flores d'Arcais et al. 1995) mit sich zu bringen, wo die gemachten Versprechungen kein Mitleid mit den vorhandenen Realitäten haben. Es genügt, auf einige negative Auswirkungen für das sozio-kulturelle Geflecht hinzuweisen. Ich beziehe mich dabei auf die chilenische Situation, aber es ist anzunehmen, dass es sich um Tendenzen handelt, die auch auf andere Länder der Region übertragbar sind.

In erster Linie muss die Phasenverschiebung, die die beschleunigte Modernisierung in Bezug auf die Gewohnheiten, das Wissen und die Erfahrungen der Menschen bewirkt, hervorgehoben werden. Innerhalb weniger Jahrzehnte sind die Chilenen aus einer Welt, die inmitten einer bäuerlichen Gesellschaft lag, herausgerissen und in ein Universum mit globalen Ausmaßen geworfen worden, in dem die Maßstäbe flexibel und die Verhaltensweisen unvorhersehbar geworden sind. Sie mussten lernen, sich permanent stattfindenden Veränderungen anzupassen, ohne dabei auf ein angemessenes mentales Rüstzeug zählen zu können. Ihre vorherigen Erfahrungen werden hilflos, ohne dass diese von neuen Maßstäben, die sich organisch festsetzen konnten, ersetzt würden. Schlimmer noch: Für die Menschen besteht keine

Brücke mehr zwischen ihrem jetzigen Leben und dem, was sie einst waren, dachten und fühlten. Dies provoziert normalerweise eine Art Dissonanz: Die Menschen lernen, sich geschickt entsprechend den jeweiligen "Systemlogiken" zu verhalten, aber ohne an ihnen gefühlsmäßig und die Normen betreffend zu haften. Die Vorderseite ist eine Sehnsucht nach einer goldenen Zeit, als alles besser war; einer Vergangenheit, von der man jedoch weiß, dass sie unwiderruflich dem Gestern angehört. Es gibt kein kollektives Gedächtnis, das die Vergangenheit als etwas Gegenwärtiges wiederaufarbeitet. Schließlich und endlich gibt es keinen Schmerz, der das, was verloren wurde, beim Namen nennt.

Im Fall Chiles kommt ein schlechtes Gedächtnis hinzu. Die traumatischen Erfahrungen der Vergangenheit sind noch nicht verarbeitet. Die Gewalt wird verschwiegen, die Ängste werden versteckt und die Konflikte werden zum Tabu. Die leidenschaftlichsten Erlebnisse der Subjektivität werden in der "Dunkelkammer" des innersten Ichs eingesperrt. Unter solchen Umständen erweist es sich als schwierig, sich den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen und, was noch viel schwieriger ist, eine gemeinsame Sichtweise der Zukunft zu schaffen.

Ein weiterer negativer Effekt leitet sich von der ungebührlichen Ausdehnung der "funktionalen Systeme" auf Kosten der Subjekte ab. In dem Maße wie die neoliberale Strategie sich der politischen Fesseln entledigt, entfalten sich die unterschiedlichen "funktionalen Logiken" ohne jegliche Beschränkung und dringen in die Bereiche der Subjektivität ein. Das herausragende Beispiel ist zweifellos die fast schrankenlose Ausdehnung des Marktes, welche die Autonomie des Individuums beeinträchtigt. Wenn das Bildungswesen, das Gesundheitswesen oder die Altersvorsorge in Märkte umgewandelt werden, wird möglicherweise ihre Effizienz verbessert, aber zum Preis der Unkenntnis der gesellschaftlichen Forderungen nach Sicherheit, Anerkennung und Integration. Die Motivationen und Erwartungen der Menschen werden entweder von den Systemen im Hinblick auf ein effizienteres Funktionieren "funktionalisiert", oder sie werden an den Rand des öffentlichen Diskurses gedrängt und in das individuelle Bewusstsein verbannt. In beiden Fällen fehlt es den Menschen an geeigneten Bereichen und Instrumenten für eine Benennung, Thematisierung und Interpretation dessen, was ihnen widerfährt. Ihre Forderungen und Träume, ihre Sorgen und Ungewissheiten können nicht in einem Code abgefasst werden und lösen sich demnach im Nichts auf.

An dritter Stelle muss ein Wesensmerkmal der derzeitigen Modernisierungsstrategie hervorgehoben werden: die "Privatisierung von Risiken und Verantwortlichkeiten". Die größere Freiheit des Individuums bringt es mit sich, dass ein jeder selbst für seine getroffenen Entscheidungen verantwortlich ist. Entsteht das "sozialdemokratische Modell" mit dem Vorsatz, die individuelle Verantwortung durch kollektive Entscheidungen zu entlasten, so vermindert das "neoliberale Modell" die kollektive Verantwortung zugunsten der individuellen Entscheidungen. Folglich übernimmt jeder die Risiken, die er auf sich nehmen will, kann oder muss. Aber die neue Wertung der individuellen Verantwortung kann, zumindest nach der Erfahrung Chiles, zwei negative Konsequenzen haben.

Auf der einen Seite tendiert der Prozess der Privatisierung dazu, das "soziale Kapital" zu schwächen, d.h. denjenigen Fundus an Wissen, Gewohnheiten und sozialen Netzwerken, den eine Gesellschaft im Laufe ihrer Entwicklung akkumuliert. Die Möglichkeiten einen Arbeitsplatz zu finden, Zugang zu medizinischer Versorgung zu haben und die Kosten dafür tragen zu können, eine angemessene Altersvorsorge und eine gute Ausbildung für die Kinder zu erhalten, all dies hängt nun stärker von den individuellen Strategien als von kollektiven Entscheidungen ab. Die Menschen müssen die Risiken individuell tragen, aber die Mittel (Krankenversicherung, Altersvorsorge etc.) entziehen sich normalerweise der individuellen Kontrolle. Dieses Ungleichgewicht könnte teilweise das Zurückziehen der Gesellschaftlichkeit im Alltag, das sich in den Symptomen einer "misstrauischen Gesellschaft" widerspiegelt, erklären. Wie wir gesehen haben, wird von der öffentlichen Meinung eine Schwächung des Respekts, der Toleranz, des Vertrauens und der Anständigkeit – alles grundlegende Voraussetzungen für ein zivilisiertes Zusammenleben – in den Beziehungen wahrgenommen. Und diese prekäre Situation des sozio-kulturellen Gefüges untergräbt die Bereitschaft zur gegenseitigen Anpassung und zur Kooperation in gleichem Maße wie die Fähigkeit, mit Zwist und Konflikten umzugehen.

Auf der anderen Seite berührt die Privatisierung von Risiken und Verantwortlichkeiten auch den öffentlichen Bereich. In dem Maße, wie der Wohlstand eines jeden stärker von den individuellen als von kollektiven Entscheidungen abhängt, vermindert sich die Bedeutung der Sphäre der Öffentlichkeit als Diskussionsforum für die Probleme und Forderungen der Menschen. Der Austausch von Plätzen und Straßen durch Einkaufszentren, Fußballstadien und das Fernsehen, d.h. der Ersatz der gesellschaftlichen Interaktion durch die Unterhaltung, deuten auf die Wandlung "des Öffent-

lichen” hin. Die aufstrebende “Konsumgesellschaft” und die sich daraus ergebende Ästhetisierung der sozialen Unterschiede sowie die Chancen der ferngesteuerten Partizipation bieten ausgezeichnete Chancen sowohl für Strategien der individuellen Unterscheidung als auch solche der symbolischen Integration. Hingegen scheinen die kommunikativen Strukturen der Gesellschaft zu verarmen. Die öffentliche Zurschaustellung der individuellen Dramen und Dilemmas in den Massenmedien ist nichts anderes als eine Bestätigung der derzeitigen Verzerrung der Kommunikation.

## **6. Mögliche Bedrohungen für die Regierbarkeit**

Zunächst sollte noch einmal auf eine positive Konsequenz des gegenwärtigen Prozesses verwiesen werden. Die Erweiterung und Stärkung des Bereichs der individuellen Freiheit und Verantwortung verringern die Möglichkeiten eines beliebigen und durch Klientelismus geprägten Gebrauchs der politischen Macht. Außerdem helfen sie dabei, ein Übermaß an sozialen Forderungen und somit eine “Überlastung” des Staates zu vermeiden. Aber vor allem können sie zur Entstehung von Kooperationsnetzen zwischen den Regierungsinstanzen und den sozialen Akteuren beitragen. Trotzdem werden durch die derzeit stattfindenden Transformationen neue Bedrohungen für die Regierbarkeit geschaffen.

In erster Linie kann die derzeitige Modernisierungsstrategie zu einer “Rationalitätskrise” führen. Sie fördert eine Einstellung vom Typ “Geschäftsführung”, welche die Effizienz in der Führung der öffentlichen Geschäfte zur Lösung der konkreten Probleme der Menschen betont. Hierbei handelt es sich um ein lobenswertes und notwendiges Ziel, das jedoch wichtige Fragen außer acht lässt. Die Antworten der Regierung erschöpfen sich nicht in einer instrumentellen Rationalität, was generell für staatliches Handeln gilt. Die Menschen erwarten vom Staat nicht nur praktische Lösungen für ihre Probleme; besonders dann, wenn der Bereich der Einnischung der Politik sich verringert, erwarten sie vor allem das, was der Markt nicht bieten kann: die Anerkennung und den Schutz ihrer Menschenwürde, ihrer individuellen Einzigartigkeit und ihrer kollektiven Identität. Sie erwarten vom Staat und von der Politik, dass diese sie in ihrer Verwundbarkeit aufnehmen, ihren Ängsten und Hoffnungen Gehör schenken und sie mit ihren Fähigkeiten und Erwartungen anberaumen. Kurz, sie erwarten, dass der Staat und die Politik dazu beitragen, der sozialen Ordnung “einen Sinn zu geben”. Ein Geschäftsführungs-Stil hingegen tendiert dazu, diese Dimension zu ignorieren. Durch die Nichtbeachtung der Subjektivität fehlen ihm Elemente

für eine Schaffung von sozial bindenden Sinnzusammenhängen. Dann erweist sich sogar die Effizienz bei der Lösung von Problemen als unbefriedigend. Und dies berührt die Rationalität des Modells insofern, als sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt verringert, der heute für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes erforderlich ist.

Aus dem vorher Gesagten leitet sich eine zweite mögliche Bedrohung für die Regierbarkeit ab. Der soziokulturelle Kontext kann eine gefühlsmäßige Abspaltung bewirken, die eventuell zu einer *Legitimitätskrise* des "Modernisierungsmodells" führt. In der Tat ruft eine Modernisierungsstrategie, welche die Menschen in Unkenntnis ihrer soziokulturellen Bedürfnisse überumpelt, keine Zustimmung hervor. Zu diesem Mangel an Zustimmung kann auch die erwähnte Diskrepanz zwischen der ererbten Wertestruktur und den gegenwärtig erforderten sozialen Verhaltensweisen beitragen. Die Kluft zwischen der wohligen Welt der Gewissheiten von einst und dem Strudel einer Gegenwart voller Ungewissheiten wird offenkundiger durch die hohe Zufälligkeit der gegenwärtigen Gesellschaft. Die neue Flüchtigkeit des "Möglichen" gestattet es nicht, dass Gefühle der Zugehörigkeit und der Verwurzelung mit der existierenden Ordnung entstehen und sich festigen. Für die Menschen besteht dann keine Bindung an den "Stand der Dinge" und folglich fühlen sie sich gefühlsmäßig der "guten Regierung" nicht verpflichtet. Analog zum *Zapping* zwischen den Fernsehprogrammen tendieren die Menschen dazu, von einer Option zur anderen zu "springen", wobei sie eher beiseite lassen, was ihnen nicht gefällt, als ein klares Ziel verfolgen. Eine solche Vermeidungsstrategie kann auch die politische Partizipation untergraben. Die Diskussion über die Bedeutung unseres "Zusammen Lebens" wird durch das Zurückziehen vermieden. In diesem Moment scheint die Sicherheit im Abschalten zu liegen. Die Vorderseite der Medaille ist der immer selbstbezogener Charakter des politischen Systems – eines Systems, das eine geringe Fähigkeit zeigt, der Subjektivität der Menschen Gehör zu schenken, sie zu verarbeiten und zu bewerten. Diese Situation kann unter Bedingungen der "Normalität" unproblematisch sein, zweigt jedoch mentale und emotionale Kräfte für sich ab, wenn aus irgendeinem Grund die soziale Spannung ansteigt.

Schließlich besteht die Gefahr, dass die gegenwärtige Modernisierungsstrategie die Regierbarkeit beeinträchtigt, auch durch eine "Krise der Staatsbürgerschaft". Diese besaß noch nie eine allzu große und stabile Gültigkeit in der Region über die Wahlen hinaus; also kann auch nicht von einer Schwächung gesprochen werden. Das Problem liegt eher in einer unzurei-

chenden Stärkung in eben dem Moment, in welchem die Umstrukturierung der Gesellschaft und des Staates eine größere Partizipation der Menschen erfordern. Im gleichen Maße, wie die Modernisierung eine erhöhte Spezialisierung mit sich bringt, erfordert sie auch eine erhöhte Koordination. Um sich der neuen Komplexität zu stellen, braucht die Gesellschaft die Ressourcen ihres "sozialen Kapitals". Wir haben jedoch gesehen, dass die Modernisierung – in ihrer vorherrschenden Form – die Kontaktbereitschaft im Alltag und somit die Anhäufung und den Austausch der geforderten Erfahrungen und Kenntnisse schwächt. Dies hemmt die Heranbildung einer neuen aktiven Staatsbürgerschaft auf zweifache Weise. Auf der einen Seite ermöglicht sie es den Bürgern nicht, zu lernen, mit Kooperations- und Wettbewerbsbeziehungen umzugehen und diese miteinander zu vereinbaren. Die Schwäche der "Regeln der Bürgerlichkeit" und der Höflichkeit ist auch eine Schwächung der gesellschaftlichen Grundlagen der Regierbarkeit. Die demokratischen Verfahrensweisen nähren sich vom Anstand, dem Respekt und der Toleranz im Alltagsleben. Auf der anderen Seite hemmt das Zurückziehen der gesellschaftlichen Einbindung die Herausbildung jenes kommunikativen Bereichs, der für die Bürger zum Erfassen und Interpretieren ihrer Umgebung unentbehrlich ist. Dies beeinträchtigt die Regierbarkeit, weil es die institutionelle Politik ihres Rohstoffes beraubt: des Politischen. Die Politik wird inhaltslos, wenn sie den Bezug zur Ausarbeitung von Sinnzusammenhängen und Interpretationscodes hinsichtlich der kollektiven Ordnung, die die Menschen in ihrer täglichen Interaktion durchführen, verliert. Die Staatsbürgerschaft haftet dann lediglich einer räumlichen Dimension (der Nation) an und erreicht nicht jene Mitteilungsdichte, die der Umgang mit Wissen und mit Symbolen in der modernen Gesellschaft erfordert (Martín Barbero 1991).

### **7. Resümee: Regierbarkeit als Steuerung von Modernisierung und Subjektivität**

Die Widersprüche der Entwicklung in Chile legen die Annahme nahe, dass ein bemerkenswerter Fortschritt in der Modernisierung von einem weit verbreiteten Missbehagen begleitet sein kann. Nach meinem Verständnis besteht zwischen beiden Phänomenen eine Verbindung. Der Verdruss scheint der Ausdruck einer durch eine ungebührende Expansion der funktionellen Systeme verletzten Subjektivität zu sein. Die wachsende Selbstbezogenheit, die die funktionellen Logiken entfalten, führt letztlich zu einer Überrumpelung und Versklavung der Menschen.



Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine unzulängliche gegenseitige Ergänzung existiert, welche die Regierbarkeit gefährden kann. Umgekehrt kann behauptet werden, dass die demokratische Regierbarkeit damit zu tun hat, wie mit dem Aspekt der gegenseitigen Ergänzung zwischen den Subjekten und den funktionalen Systemen umgegangen wird. Ich weise auf den Unterschied zu anderen Auffassungen hin. Unter Regierbarkeit das dynamische Gleichgewicht zwischen sozialen Forderungen und Antworten durch die Regierung verstehen (Camou 1995), heißt sich mit der Beziehung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft zu befassen. Besagter Ansatz schenkt meiner Ansicht nach der Herausbildung der Systeme in regelrechte "faktische Mächte" eine unzureichende Aufmerksamkeit. Deshalb halte ich es für angemessener, den Staat als eine mögliche politische Vermittlungsinstanz zwischen den Subjekten und den erwähnten funktionalen Systemen zu betrachten. Bei dieser Sichtweise werden, ausgehend von der chilenischen Erfahrung, einige Herausforderungen für die demokratische Regierbarkeit deutlich.

Die größte Herausforderung für die Regierbarkeit besteht darin, sich des Zustands der gegenseitigen Ergänzung als einer problematischen Beziehung anzunehmen. Es handelt sich nicht um eine spontane Beziehung, die als Selbstverständlichkeit gesehen werden kann. Sich der Spannung zwischen den Subjekten und den Forderungen der Systeme anzunehmen, impliziert einen Prozess der Reflexion – eine Reflexion über die notwendige Autonomie der unterschiedlichen "funktionalen Logiken" ebenso wie über den Verdross und die Ungewissheit über die Motive und Gemütsbewegungen der Menschen. Eine enge Auffassung des "rationalen Handelns" erleichtert die begriffliche Klarheit, geht aber nicht auf die tatsächlichen Probleme der demokratischen Regierbarkeit ein. Genau gesehen ist diese nichts anderes als der politische Name der gesellschaftlichen Reflexivität.

Die besagte gesellschaftliche Selbstreflexivität erfordert als zweiten Schritt, die (unvermeidliche) Asynchronität zwischen dem Modernisierungsprozess und den kulturellen Wurzeln der Menschen zu vermindern. Anders ausgedrückt: Regierbarkeit setzt eine Geschichtlichkeit voraus. Der Sinn der gegenwärtigen Entwicklung und seiner zukünftigen Horizonte nährt sich aus der Erinnerung an die Vergangenheit. Zur Regierbarkeit gehört es, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen Prozess und den Erfahrungen der Vergangenheit, die hinfällig sein mögen, aber letztendlich ein Teil der Biographie jedes Menschen sind, errichten zu helfen. Eine Brücke zur Vergangenheit zu bauen bedeutet selbstverständlich, sich eine nicht immer goldene, vielmehr

oft traumatische Vergangenheit in Erinnerung zu rufen, die aber die Ängste und Vorurteile, die Sehnsüchte und Pläne, mit denen wir den Herausforderungen der Gegenwart gegenüber treten, prägt.

Eine dritte Herausforderung für die Regierbarkeit besteht in der symbolischen Dimension der Politik und des Staates. Der technokratische Ansatz missachtet diesen Aspekt im Allgemeinen. Die Menschen suchen jedoch über ihre konkreten Forderungen nach Bildung, Gesundheit und Fürsorge hinaus Schutz vor den Missgeschicken des Lebens, streben nach einer sozialen Anerkennung ihres Beitrags zur gemeinschaftlichen Ordnung sowie danach, in ihren Gefühlen und Gemütsbewegungen in das gesellschaftliche Leben integriert zu werden. Früher verkörperte der Staat über die öffentliche Versorgung den Schutz, die Anerkennung und das Band der Zugehörigkeit, welche die Gemeinschaft jedem ihrer Mitglieder darbot. Heute hingegen sind die Menschen der Schutzlosigkeit ausgesetzt, wenn sie mit den funktionalen Systemen über einen privaten und individuellen Vertrag verkehren. Gerade, weil es nicht die Aufgabe des Marktes ist, die besagte symbolische Funktion zu erfüllen, muss man sich fragen, wie der Staat und die Politik diese Dimension des Lebens in Gesellschaft beachten können.

Eine Beziehung der gegenseitigen Ergänzung aufbauen setzt voraus, sowohl die "Imperative" der Systeme als auch die Forderungen der Subjekte in einen Code fassen zu können. Wenn die Chilenen sich als unzureichend informiert bezeichnen, beziehen sie sich wahrscheinlich nicht auf die Information als solche, sondern auf das Fehlen von Schlüsseln für die Interpretation dieser Information. Die gegenwärtig stattfindenden Transformationen haben die gewohnten Schlüssel zur Interpretation ausgehöhlt. Es fehlt an angemessenen "kognitiven Landkarten" zur Strukturierung der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit (Lechner 1997). Durch die Abwesenheit solcher Schlüssel werden die Welt und das Leben unverständlich und geraten leicht "außer Kontrolle". Der Krise der Verständlichkeit liegt ein weiteres Problem zugrunde: die Schwierigkeit, unsere Gefühle und Gemütsbewegungen mitzuteilen. Es ist schwierig für uns, unseren Ängsten und unseren Träumen einen Namen zu geben. Die Kontrolle über den Modernisierungsprozess wiedererlangen heißt zu einem guten Teil, eine neue Kodierung seiner Chancen und Bedrohungen zu unterstützen.

Um eine Regierbarkeit zu erreichen, die fähig ist, eine gegenseitige Ergänzung von Modernisierung und Subjektivität aufzubauen, scheint ein starkes "soziales Kapital" unerlässlich zu sein. Das heißt, sie setzt eine Gesellschaft voraus, die die Fähigkeit besitzt, in ihrem alltäglichen Tun zu lernen,

von Vertrauen und Kooperation geprägte Beziehungen zu entwickeln, mit Spannungen zwischen Wettbewerb und Zusammenarbeit umzugehen und eine Sprache herauszubilden, die Rechenschaft über die gemachten Erfahrungen ablegen kann. All dies erfordert einen öffentlichen Raum, wo die Spannungen zwischen Subjektivität und funktionalen Logiken zutage treten und besprochen und als gemeinsame Probleme thematisiert werden können. Ein Bereich, in dem die Individualität in der Interaktion mit den anderen aufgebaut wird (und nicht durch eine Verkapselung in der Privatsphäre). Schließlich und endlich erfordert es eine Stärkung des Öffentlichen als Kontext, der unentbehrlich ist, damit das Leben in Gesellschaft einen "Sinn machen" kann.

### Literaturverzeichnis

- Camou, Antonio (1995): *Gobernabilidad y democracia*. Mexiko, D.F.
- Fitoussi, Jean Paul/Rosanvallon, Pierre (1997): *La nueva era de las desigualdades*. Buenos Aires.
- FLACSO (1995): *Encuesta sobre representaciones de la sociedad chilena*. Santiago.
- Flores d'Arcais, Paolo et al. (1995): *Modernidad Política*. Caracas.
- Lechner, Norbert (1997): "El malestar con la política y la reconstrucción de los mapas políticos". In: Winocur, Rosalía (Hrsg.): *Culturas políticas a fin de siglo*. Mexiko, D.F.
- Martín Barbero, Jesús (1995): "Notas sobre el tejido comunicativo de la democracia". In: García Canclini, Néstor (Hrsg.): *Cultura y pospolítica*. Mexiko, D.F.
- UNDP (1998): *Desarrollo Humano en Chile-1998. Las paradojas de la modernización*. Santiago.